

Begriff des IPR

Internationales Einheitsrecht

Materielle Normen für Auslandssachverhalt

Kollisionsrecht

Kollisionsrecht

Sachverhalt

SPANIER verstirbt mit gewöhnlichem Aufenthalt in DEUTSCHLAND
hatte Grundstück in Frankreich

Deutsches
Recht
EU-ErbVO

Französisches
Recht
Art 3a II aF EGBGB
+ Art 3 code civil

Spanisches
Recht
Art 25 I aF EGBGB

andere Rechtskollisionen

Interlokale Rechtsspaltung



California

New York

Nevada

Hawaii

Florida

Interpersonale Rechtsspaltung



sunni

katholisch

jüdisch

Shi'i

Intertemporale Kollision



1.7.1998

Nichtehelich / Ehelich

.....

Interessen im IPR

GG

nicht: materielle Gerechtigkeit

nicht: staatliches Interesse am eigenen Recht

Suche nach - abstrakt -sachverhaltsangemessener Rechtsordnung

Individualinteresse
zum Schutz eines
Beteiligten

neutrale Anknüpfung
zum
Interessenausgleich

Parteiautonomie

Entscheidungseinklang

Ehegüterrecht

Abstammung

Ehegattenerbrecht

Rente

wirksame Ehe

Interner Einklang:

gleiche Beurteilung in allen Fällen im Inland

Externer Einklang:

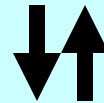
gleiche Entscheidung des Falles in verschiedenen Ländern

Völkervertragliches IPR

Rechtsquellen des IPR

Art. 3 – 48 EGBGB

Nebengesetze



Art 3 Nr 2 EGBGB

Völkervertragliche Abkommen

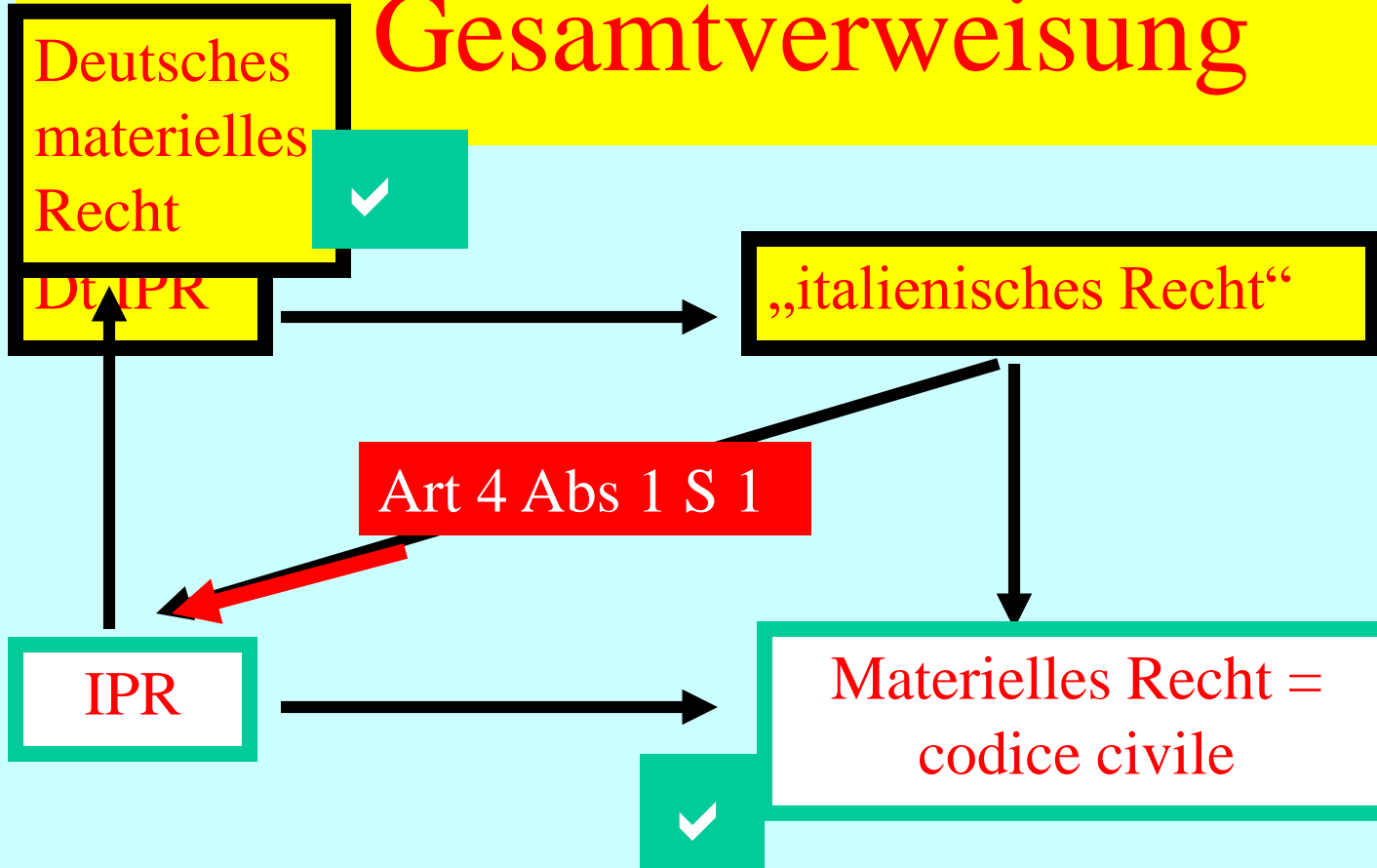
Haager Abkommen

Ehemals: EU/EWG-Abkommen
Neu: EG/EU-Verordnungen

Genfer Flüchtlingskonvention

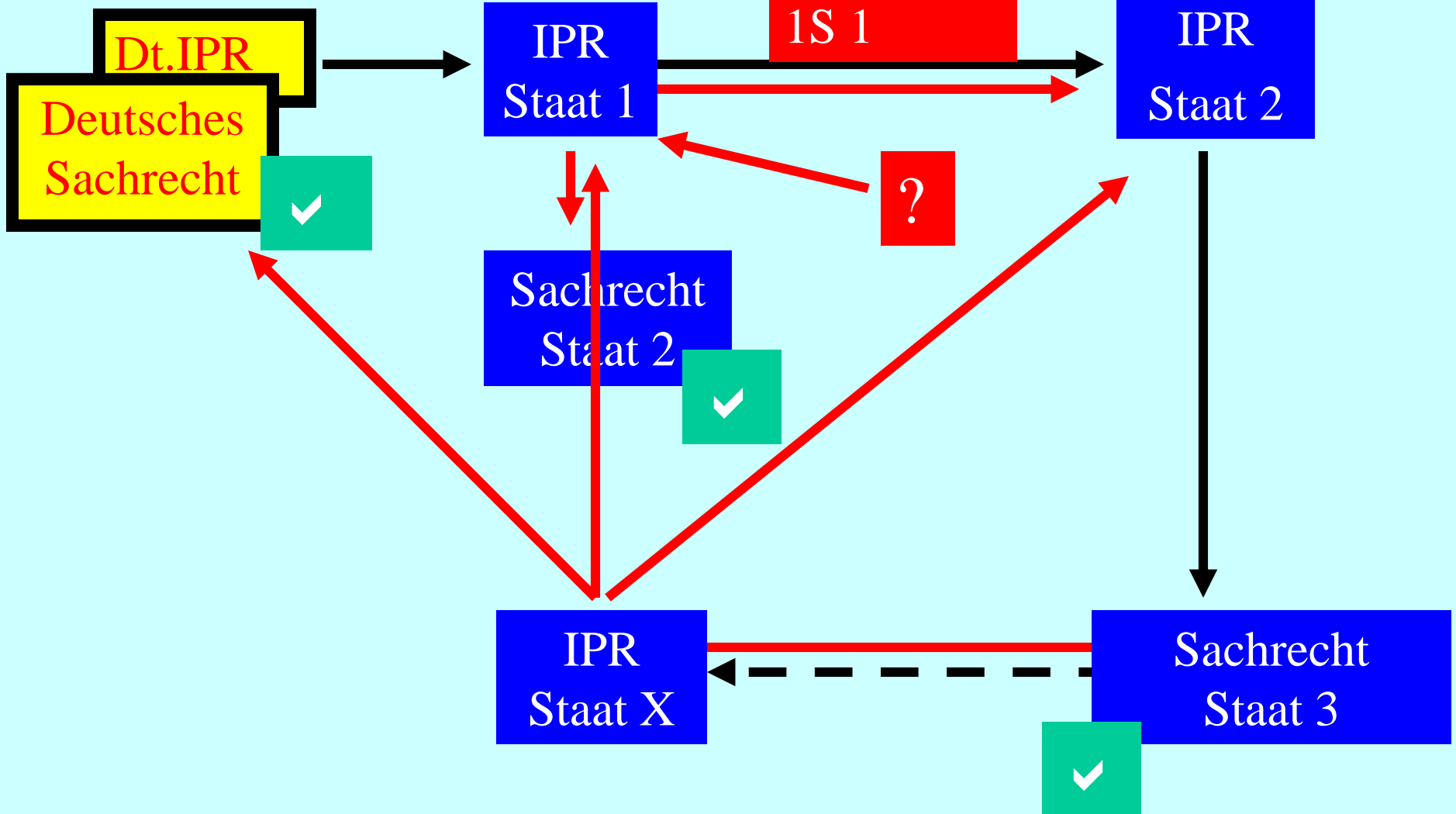
Art 4 Abs 1
S 2

Gesamtverweisung



Weiterverweisung

Art 4 Abs
1S 1



Sachnormverweisung

Ausdrücklich (Art 4 Abs 2 S 1)



zB: Art 35 aF
Keine Weiterverweisung

Rechtswahl

Art 4 Abs 2 S 2

nur Sachnormverweisung

Art 4 Abs 1 S 1:
„...Sinn der Verweisung...“

qualifizierter
Sinn

zB: alternative
Anknüpfung



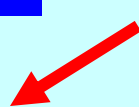
zB Art 19 Jedenfalls auch
Sachnormverweisung

„engste Verbindung“



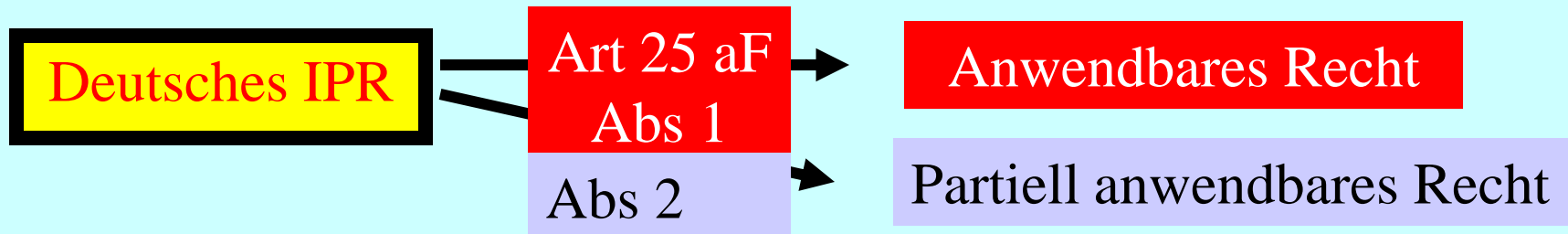
Sachnormverweisung
wenn Primäranknüpfung

strittig



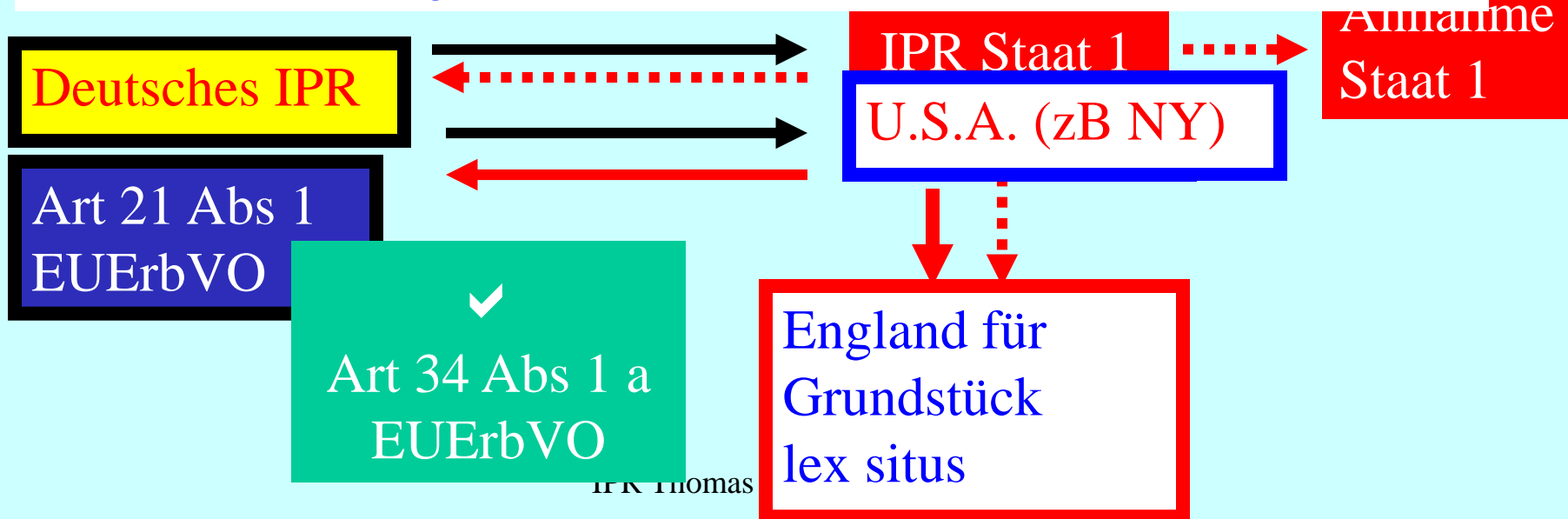
Gesamtverweisung, wenn nur Hilfsanknüpfung
zB Art 14 Abs 1 Nr 3 aF, Art 14 Abs 2 Nr 4 nF

Gespaltene Verweisung



Gespaltener Renvoi

Deutscher lebte in N.Y. verstorbt nach 17.8.2015 und hat Grundstück in England



Verweisung in Mehrrechtsstaaten

Dt. IPR

zB: BR Yug

Mehrrechtsstaat

Rückverweisung

einheitliches IPR ?

ja

WeiterVerw Staat 2

Annahme der Verw

Welche
Teilrechtsordnung?

einheitliches internes
Kollisionsrecht ?

ja

Dieses interne
Kollisionsrecht
entscheidet

Art 4 Abs 3 S 1

nein

nein

IPR Thomas Rauscher

Engste
Verbindung zu
Teilrechts-
ordnung

Art 4 Abs 3 S 2

Sehr selten bei
einheitlichem IPR
zB: Staaten mit
religiösen Gerichten

einheitliches IPR ?

nein ↓

zB U.S.A.

Dieses Mal auf IPR-Ebene !!

Unteranknüpfung einheitliches internes Kollisionsrecht ?

ja →

Dieses interne Kollisionsrecht entscheidet

Art 4 Abs 3 S 1

nein ↓



Engste Verbindung zu Teilrechtsordnung

Art 4 Abs 3 S 2

Sehr selten, wenn bereits das IPR gespalten ist zB Mexico

Rückverweisung

IPR einer Teilrechtsordnung

→

Annahme

Erblasser letzter gewöhnlicher Aufenthalt in NY

Weiterverweisung

Sachnormverweisung in Mehrrechtsstaat

Dt. IPR
Sachnormverweisung

Mehrrechtsstaat

einheitliches internes
Kollisionsrecht ?

nein

ja

Engste Verbindung zu
Teilrechtsordnung

Art 4 Abs 3 S 2

Dieses einheitliche interne
Kollisionsrecht
entscheidet

Art 4 Abs 3 S 1

Materielle Teilrechtsordnung

„Bezeichnung“ der maßgeblichen Teilrechtsordnung durch deutsches IPR

Art 4 Abs 3 S 1 Hs 2

Deutsche Sachnormverweisung

„Bezeichnung“

„bezeichnete“ materielle Teilrechtsordnung

Deutsche Gesamtverweisung

streitig

einheitliches IPR nimmt Verweisung an

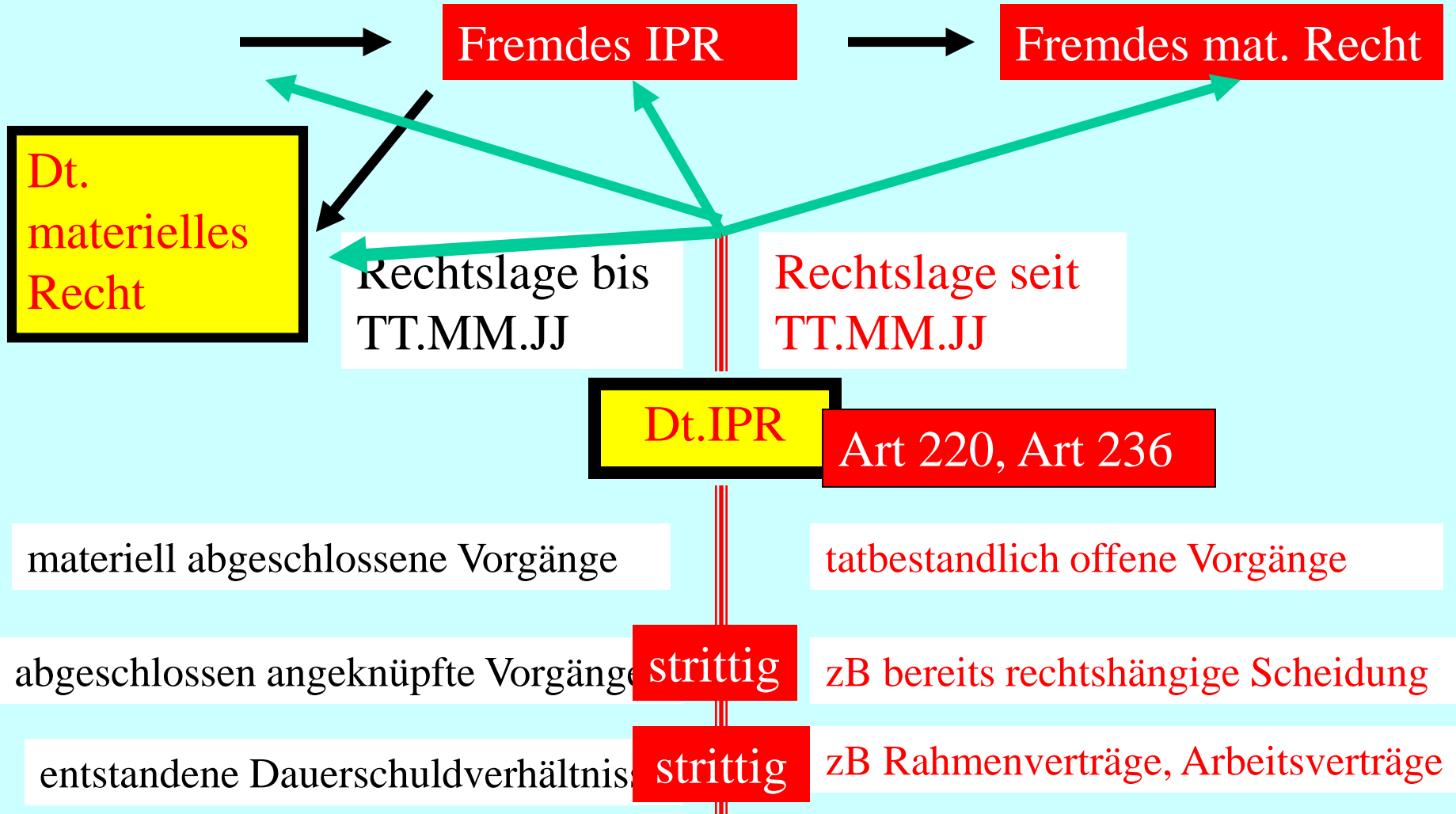
Vom fremden Recht bestimmte materielle Teilrechtsordnung

Kein einheitliches fremdes IPR

„Bezeichnung“

„bezeichnete“ IPR-Teilrechtsordnung

Intertemporale Kollision (Überleitungsregeln)



Änderung von Anknüpfungskriterien - Statutenwechsel

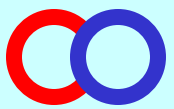
unwandelbare Anknüpfung
ein Einsatzzeitpunkt maßgeblich

Art 15 Abs 1 aF
Eheschließung vor 29.1.19

wandelbare Anknüpfung
Änderung mit Kriterienänderung

Art 14 Abs 1 aF
Anknüpfungszeitpkt vor 29.1.19

Türke



Griechin

2.1.1999

Türkin



ab 5.1.00

ab 29.1.19

Art 14 Abs 1 Nr 2 aF
gew. Aufenthalt

Art 14 Abs 1 Nr 1 aF:
gemeinsame STA

Art 14 Abs 2 Nr 1 nF:
gew. Aufenthalt

15 Abs 1 aF
Ehegüterstatut unwandelbar
„bei der Eheschließung“
Bleibt: Art 69 III EU-EheGüVO

mas Rauscher

Grundsatz:
erworbene Rechte
bleiben bestehen

Qualifikationsunterschiede

BGB

Ehegüterrecht
Erbrecht
Ehewirkungen
Verlöbnis
Verjährung
Zivilprozess

IPR

Ehegüterstatut
Erbstatut
Ehewirkungsstatut
Namensstatut
???
Lex fori

Verwiesenes Recht

„matrimonial property“
Aneignungsrecht des
Staates
Klageverjährung
mahr („Morgengabe“)
Delikt

1. BGB/IPR

zB: Ehe name

IPR entscheidet

2. BGB/IPR/IPR

zB: § 1371 Abs 1

Funktion im deutschen Recht

3. BGB/ausld Re

zB: Klageverjährung

Funktion im deutschen Recht

4. ausld Recht

zB: mahr

strittig

Funktionsäquivalent im dt Recht

5. Renvoi

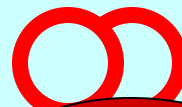
zB: Verlöbnisbruch

Verwiesenes IPR entscheidet

Vorfrage

Haben immer in
Deutschland gelebt

Italiener



Österreicherin



Sohn

Wahl nach
Art 22 Abs 1
EUErbVO

art 566 cc:

...cedono i **figli**...

art 581 cc:

...il **coniuge** ha diritto alla metà...

Art 15 Abs 1 aF

§ 1371 Abs 1 BGB [oder § 1372 analog?]

Art 14 Abs 1 Nr 2 aF

...des überlebenden **Ehegatten**...

Vorfrage nach lex fori beantworten

NEIN: fehlt Ermittlung anwendbaren Rechts
Ausnahme: Vorfrage verhindert Anknüpfung
(Abstammung bestimmt StA, die von Abstammung abhängt)

Vorfrage nach lex causae beantworten

NEIN: fehlt Ermittlung anwendbaren Rechts. Auch
EU-ErbVO erfasst nicht Familienstand Art 1 Abs 2

Selbständige Anknüpfung

Dt. IPR (Vorfragenstatut)

evtl. Verweisungskette

Selbständiges Vorfragenstatut

Interner Entscheidungseinklang

Kind ? Art 19 EGBGB
Ehegatte? Art 13 EGBGB

Unselbständige Anknüpfung

IPR der Hauptfrage (Vorfragenst.)

Evtl. Verweisungskette

Unselbständiges Vorfragenstatut

Externer Entscheidungseinklang

Kind (Erbrecht): italien. IPR
Ehefrau (Erbrecht): italien IPR
Ehefrau (Güter): EGBGB

Ausnahmen unselbständige Anknüpfung

Name

Art 10: Heimatrecht



Name hat
Identifikationsfunktion

Namensstatut enthält
familienrechtliche
Vorfrage (Ehe, Kind)

Unselbständige
Anknüpfung nach IPR
des Namensstatuts

Fremde StA

Recht des betroffenen
Staates



StA berührt
Hoheitsinteressen

Entscheidung
familienrechtlicher
Vorfragen wie dieses
Recht

Völkervertragliche
Kollisionsnorm

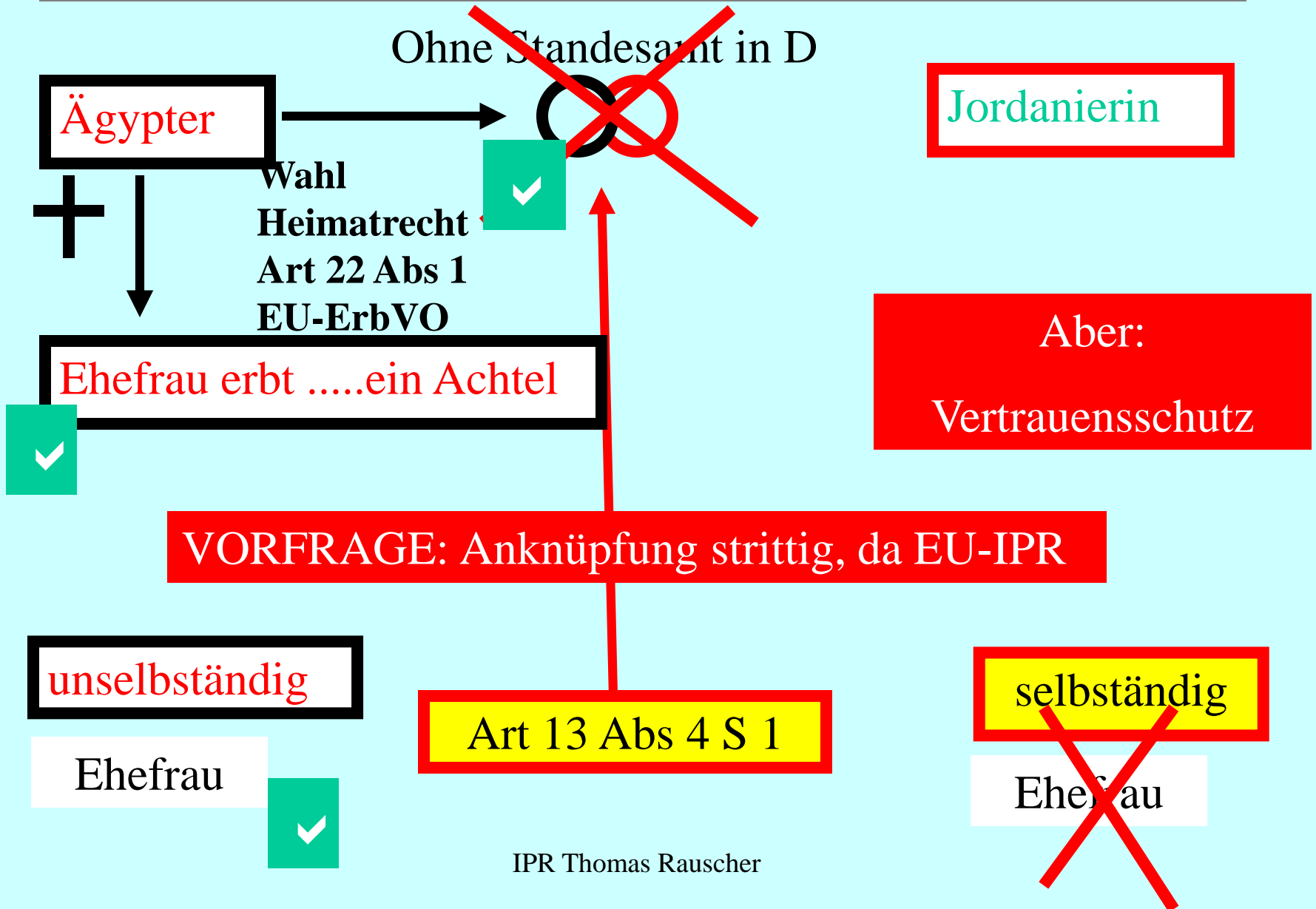
EU-IPR? (ErbVO!)

einheitliche
Anwendung in allen
Vertragsstaaten



alle Vorfragen
unselbständig anknüpfen

Hinkende Statusverhältnisse/Vorfrage



Namensstatut

Art 10 Abs 1

Grundsatz: Personalstatut

Qualifikation

auch familienrechtliche Namensänderungen

Vor-, Mittel-, Nachname, Namensänderung

Namensschutz: deliktische Qualifikation

Wandelbarkeit durch Statutenwechsel (neues Personalstatut)

altes Personalstatut

Namensbildung bis zum
Statutenwechsel

neues Personalstatut

Übernimmt Namen in
bisheriger Form und Führung
bestimmt (nur) über spätere
Namensänderungen

Namens-Anpassung Art 47

EU: Anerkennung registrierten Namens aus Mitgliedstaat

Geregelt durch Art 48 EGBGB Namenswahl

Eruktierung auf Staatsangehörigkeit des Registerstaates?

Namensstatut: Wahl durch Ehegatten

Art 10 Abs 2

...ihren...Namen wählen...nach dem Recht eines Staates...

Wortlaut: materielle Namenswahl

Implizit zunächst Rechtswahl (IPR)

gilt auch, wenn gewähltes Recht Namen kraft Gesetzes festlegt

Namens-Anpassungsinteressen

nur bestimmte Rechte wählbar:

Anpassung an vertraute
Rechtsordnung

Nr 1

ein Heimatrecht eines Ehegatten

Effektivität (Art 5 Nr 1)
unerheblich

Integration in
Lebensumgebung

deutsches Recht bei deutschem
gewöhnlichem Aufenthalt

IPR Nr 2 deutscher

Namensstatut: Wahl des Kindesname **Art 10 Abs 3**

Namensstatutwahl

Nr 1

ein Heimatrecht eines Elternteils

Nr 3

oder eines Namen Erteilenden

Nr 2

Deutsches Recht bei deutschem
gewöhnlichem Aufenthalt eines
Elternteils

Wahl des Ehenamens

Einfluss auf Kindesnamen

Abs 2 S 3: § 1617c BGB

Ab 5. Lebensjahr: Anschließung erforderlich

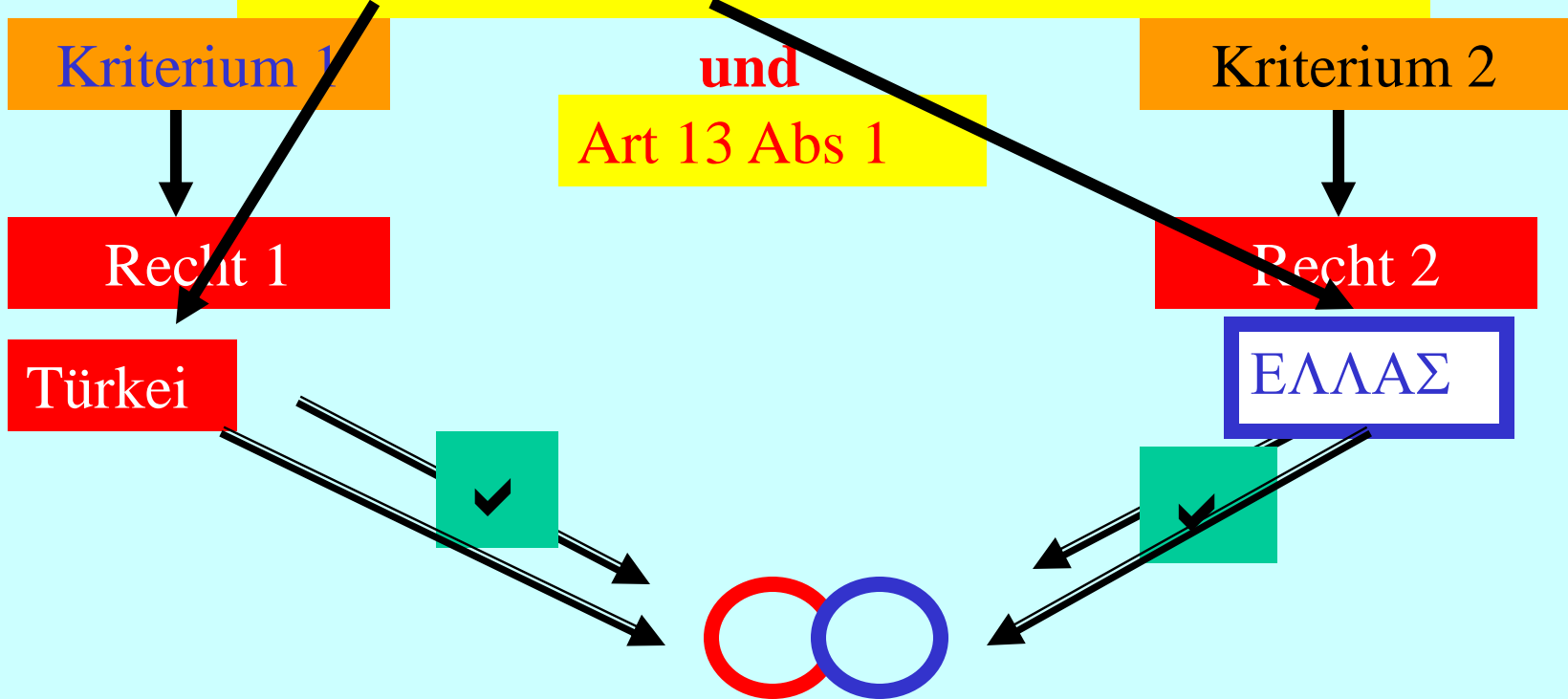
Ab 14. Lebensjahr höchstpersönlich

Dagegen: Namensstatutwahl nach Abs 3 unbefristet

Gefahr der Namens-Desintegration durch Sorgeberechtigten

Kumulative Anknüpfung

Türke und Griechin heiraten in Deutschland

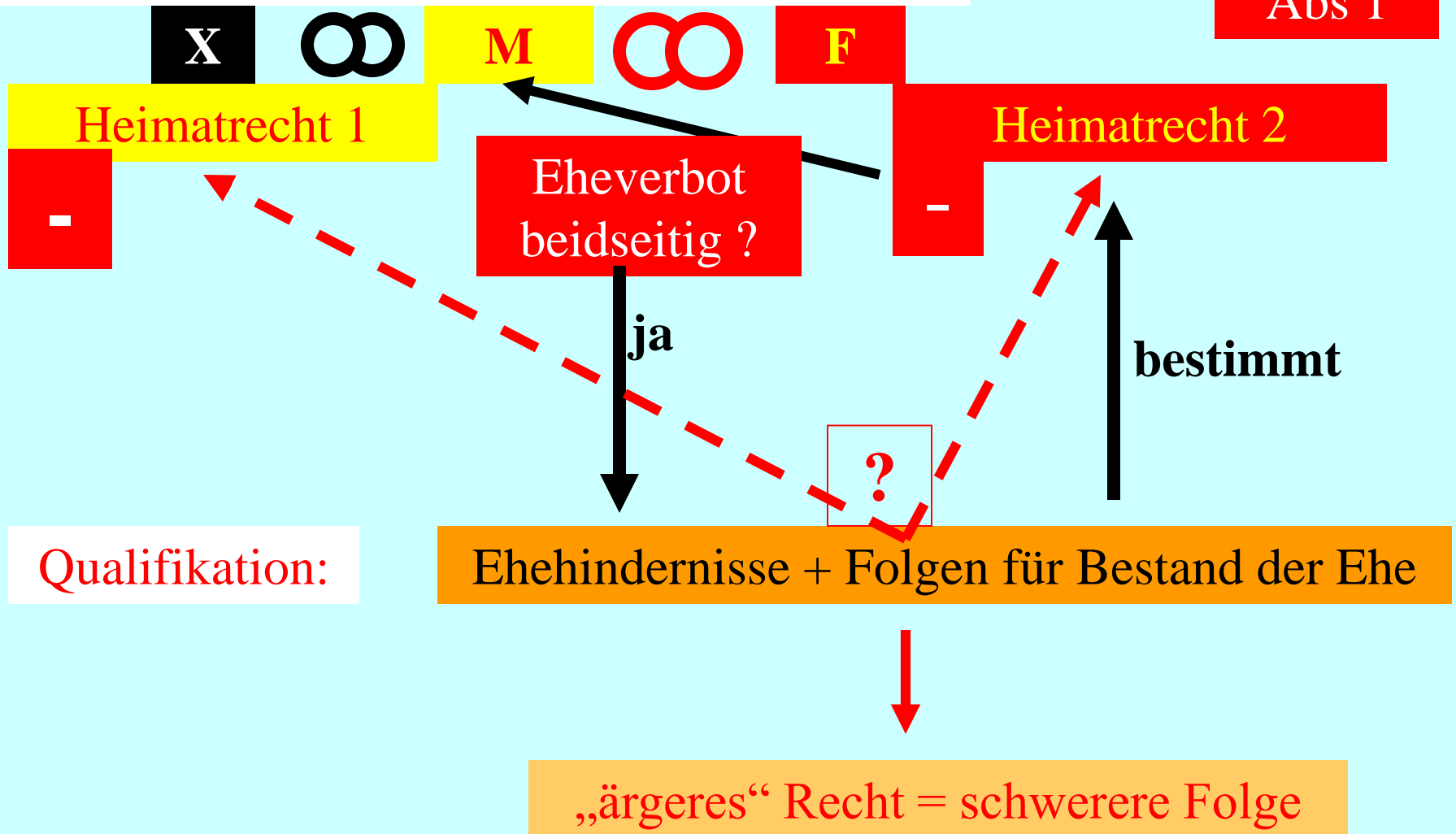


Ziel: Rechtsfolge tritt nur dann ein, wenn allen betroffenen Rechten genügt ist

Eheschließung (materiell)

Art 13

Abs 1



Eheschließung (materiell)

Art 13

Unwandelbarkeit

Zeitpunkt: Eheschließung



Keine Heilung von Mängeln
durch Statutenwechsel

Aber: Art 6 GG wenn neues
gemeinsames Heimatrecht den
Mangel heilt

Abs 2 =

Schutz der
Eheschließungsfreiheit

„Spanierbeschluss“ BVerfGE 31,58

- Deutsche StA oder gew Aufenthalt eines Verlobten
- zumutbare Schritte unternommen
- Unvereinbarkeit mit Eheschließungsfreiheit

insbes: deutsche Scheidung von Heimatstaat nicht anerkannt
Keine Lösung durch Befreiung von Ehefähigkeitszeugnis, da
Ehehindernis nach Heimatrecht **besteht**

Eheschließung (materiell)

Art 13 Abs 3

KinderehebekämpfungsgG

Ehemündigkeit eines Verlobten nach ausländischem Recht (Abs 1)

Dieser Verlobte hatte bei Eheschließung 16. Lebensjahr nicht vollendet:

Art 13 Abs 3 Nr 1: Ehe unwirksam (ohne Beschluss hinkend)

- nicht anwendbar (Art 229 § 44 Abs 4 EGBGB)
 - wenn der Ehegatte vor dem 22.7.1999 geboren
 - oder kein Ehegatte erlangt gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland vor Volljährigkeit des minderjährig Eheschließenden

Dieser Verlobte hatte bei Eheschließung 16., nicht aber 18. Lebensjahr vollendet:

Art 13 Abs 3 Nr 2: Ehe aufhebbar nach D Recht (§§ 1313 ff BGB)

- Keine zeit-/räumliche Einschränkung (Art 229 § 44 Abs 4 enthält keine Regelung, Art 229 § 44 Abs 1 gilt nicht für Art 13 Abs 3)

- Ehe wirksam geschlossen in EU-Mitgliedstaat: Art 45, 49 AEUV

Alternative Anknüpfung

– Italiener mit Wohnsitz New York testiert handschriftlich in D

Kriterium 1

oder

Kriterium 2

oder

Kriterium 3

Art 1 Haager TestamentsformÜbk
(vgl Art 75 Abs 1 EUErbVO)

Recht 1

Recht 2

Recht 3

Italien

NY

Deutschland

?

!

✓

Ziel: Formwirksamkeit

Ziel: erwünschte Rechtsfolge erreichen

Eheschließung (Form)

Art 13 Abs 4

Art 11 Abs 1

Eheschließung im Inland

Nur Form § 1310 BGB

Ortsform

~~Nichtehe~~

~~Geschäftsform~~

Ausnahme:

Art 13 Abs 4 S 2

- kein Verlobter Deutscher
- von einem Heimatstaat ermächtigte Eheschließungsperson

Eheschließung im Ausland

Ortsform

o d e r

Geschäftsform (13 Abs 1)

=

kumulative Beachtung
der Form beider
Heimatrechte

Folge von Formmängeln:
verletztes

bzw „ärgeres“ Recht

Verlöbnis

Eingehung

materielle Voraussetzungen analog Art 13 Abs 1

Form: Art 11

Wirkungen

(Verlöbnisbruchansprüche)

Kumulation beider Heimatrechte ?

Heimatrecht des Gläubigers?

Heimatrecht des Schuldners?

Art 14 Abs 1 analog

bisher hM

vordringend

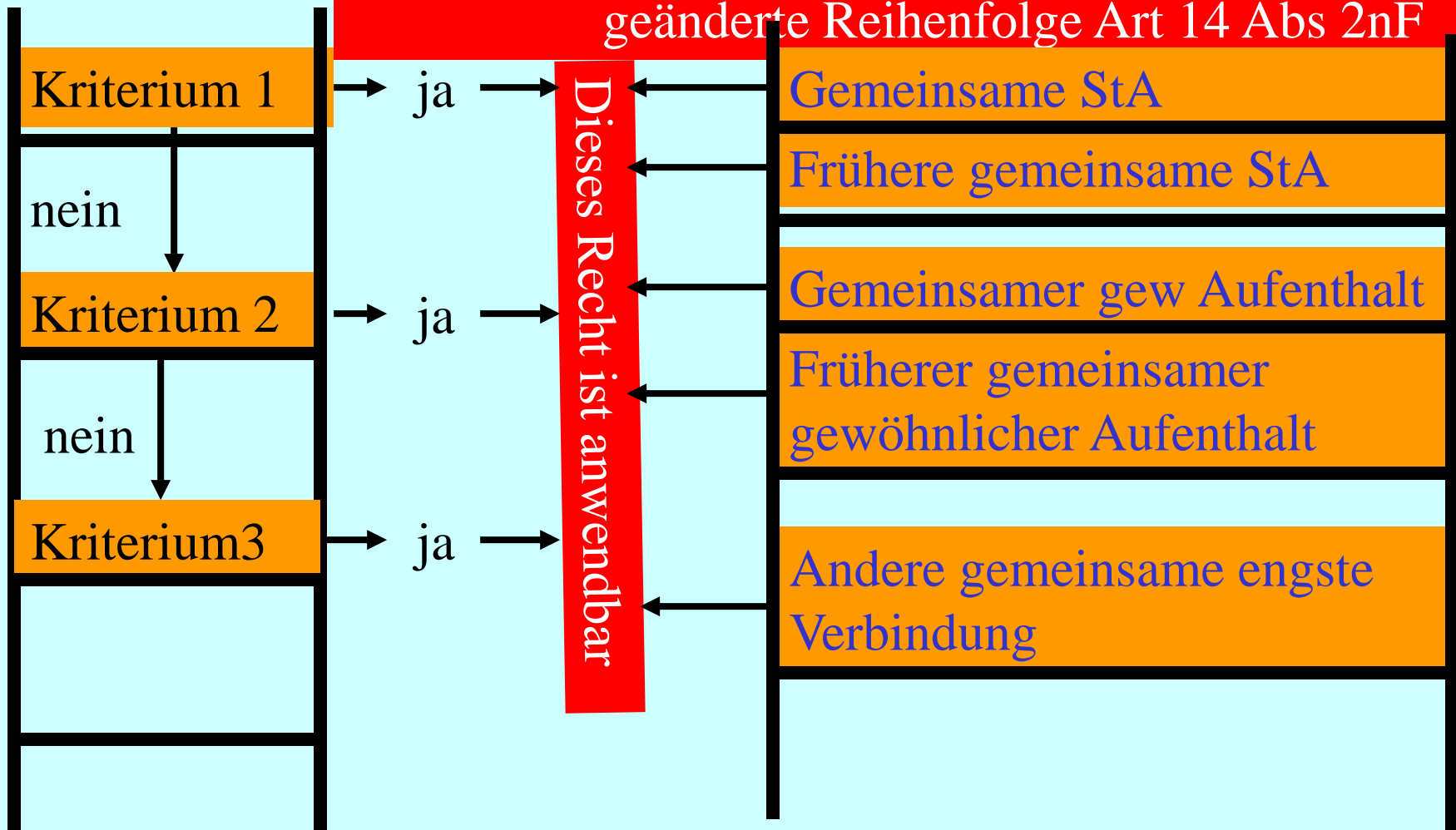
Qualifikation

- Schadensersatz, Genugtuung
- Rückgabe Geschenke
- auch Ansprüche Dritter

konkurrierende
Deliktsansprüche nicht
akzessorisch angeknüpft

Subsidiäre Anknüpfung

Ehewirkungsstatut Art 14 Abs 1aF (bis 28.1.2019)
geänderte Reihenfolge Art 14 Abs 2nF



Ehewirkungsstatut

Qualifikation

Geringe unmittelbare Bedeutung
Problem: Verhältnis zu Art. 17a

Aber: Konzeption als „Familienstatut“

aber: verschiedene
„Anknüpfungzeitpunkte“

wandelbar

Unwandelbar:
Eheschließung

Zeitpunkt:
Scheidungsantrag

Unwandelbar:
Geburt

Zeitpunkt:
Adoption

Art 14

Art 15 Abs 1aF
Eheschließung
bis 28.1.2019

~~Art 17 Abs 1aF~~
Art 19 Abs 1 S 3
Art 22 Abs 1 S 2

Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 1 aF: für Art. 15 aF
bei Eheschließung vor 29.1.19

Subsidiäre Anknüpfung (Anknüpfungsleiter)

Gesamtverweisung
Art 4 Abs 1?

gemeinsames Heimatrecht

Abs 1 Nr 1



Letztes gms H.R. das einer beibehalten

gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt

Abs 1 Nr 2

Letzter gms gewöhnlicher Aufenthalt den einer beibehalten

gemeinsame engste Verbindung in sonstiger Weise

Abs 1 Nr 3

Problem bei Art
15 Abs 1aF iVm
Art 14 Abs 1 Nr 3
aF

Auch Zukunftspläne (BGH: ja)
Sonst bestimmt zufällige gemeinsame
lose Verbindung dauerhaft das
Ehegüterstatut

Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 2 ab 29.1.2019
Wirkungen auch in bestehenden
Ehen (Art. 229 § 47 Abs 1)

Subsidiäre Anknüpfung (Anknüpfungsleiter)

gemeinsamer gew. Aufenthalt

Abs 2 Nr 1

Letzter gemeinsamer gew. Aufenthalt (einer beibehalten)

Abs 2 Nr 2

Gemeinsame Staatsangehörigkeit

Abs 2 Nr 3

gemeinsame engste Verbindung in sonstiger Weise
(fallweise auch frühere gemeinsame StA)

Abs 2 Nr 4



Gesamtverweisung Art 4 Abs 1
wie bisher

Problem bei Art 15 Abs 1 aF entfällt:

Bei Eheschließung ab 29.1.2019: EU-EheGüterVO

Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 2, 3 aF
bis 28.1.2019
für Art. 15 aF kaum
bedeutend wg Art 15 Abs 2

Rechtswahl

3 Fallgruppen

nur bestimmte Rechte wählbar

ein Ehegatte Mehrstaater

Abs 2

beliebiges (nicht Art 5 Abs 1)
gemeinsames Heimatrecht

-kein gms Heimatrecht
- gemeins. Aufenthaltsstaat
ist kein Heimatstaat

Abs 3 Nr 1

beliebiges (auch
gemeinsames) He

- kein gms Heimatrecht
- kein gewöhnl Aufenthalt
im selben Staat

Abs 3 Nr 2

Endet bei
Erwerb einer
gemeinsamen
Staatsang.keit
(Art 5 Abs 1)
Abs 3 S 2

Abs 4

Notariell beurkundet – im Ausland genügt Ehevertragsform

Ehewirkungsstatut

Art 14 Abs 1
ab 29.1.2019

Rechtswahl nun Abs 1 – Vorrang jedoch schon bisher

Keine
beschränkten
Fallgruppen

nur bestimmte Rechte wählbar

Abs 1 S 2

- Gemeinsamer gewöhnlicher Aufenthalt
(dann nur durch Rechtswahl wandelbar)
- Letzter gms gewöhnlicher Aufenthalt,
wenn von einem beibehalten
- Ein Heimatrecht ungeachtet Art 5 Abs 1

Nr 1

Nr 2

Nr 3

Notariell beurkundet – im Ausland genügt Ehevertragsform

Abs 1 S 3, 4

Wesentliche Erweiterung: Heimatrecht eines Ehegatten auch bei StA
des anderen Ehegatten zum gemeinsamen Aufenthaltsstaat wählbar

Ehegüterstatut

Eheschließung bis 28.1.2019
Art 15 aF (gilt trotz Streichung!)

Eheschließung + Rechtswahl
ab 29.1.2019: EU-EheGüterVO

Qualifikation

Sonderordnung des Vermögens
aufgrund Ehe:

- gesetzliche Güterstände
- Vertragsgüterstände

Grundsätzlich ebenso
Art 3 Abs 1 lit a, Art 27 lit d
umfasst teils persönliche
Vermögenswirkungen

Schuldstatut:

- ehebedingte Zuwendung
- Arbeitsverträge
- Ehegatteninnengesellschaft

Qualifikation des
„Nebengüterrechts“ fraglich
Art 27 lit e: Teilung, Aufteilung

Andere vermögensrechtliche Fragen:

- Unterhalt: Haager Übk/Protokoll
- VersorgungsA: Art 17 Abs 3aF

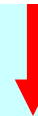
unverändert
VA nun Art. 17 Abs 4

Ehegüterstatut

Art 15 Nr 1 aF

Anknüpfung

Ehewirkungsstatut im Zeitpunkt der Eheschließung



einheitlich
unabhängig von
Art und Lage des
Vermögens

unwandelbar
unabhängig von späterer
Änderung des
Ehewirkungsstatuts



aber Spaltung
durch renvoi
möglich

Intertemporale
Frage
bestimmt

aber keine
„Versteinerung“

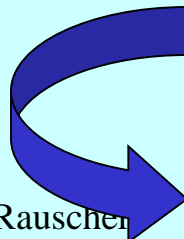
Berufenes Ehegüterstatut

N.Y.

real property:
lex situs

personal property:
domicile

- Bis 1960: Güterstand A
- 1961-1970: Güterstand B
- Seit 1971: Güterstand C



Ehegüterstatut

Art 15 Abs 2 aF

Art 14 Abs 2,3 aF



Gewähltes
Ehwirkungsstatut

Rechtswahl

Ehegüterstatut

Unmittelbare
Güterstatutswahl in
allen Ehen möglich

Aber nur bestimmte
Rechtsordnungen wählbar:

Abs 2 Nr 1

- ein beliebiges Heimatrecht

Abs 2 Nr 2

- Recht des gewöhnlichen
Aufenthalts eines der Ehegatten

Abs 2 Nr 3

- lex rei sitae für Immobilien

größere Anpassungsfreiheit
der Ehegatten als bei Art 14 aF

Form: wie Art 14 Abs 4 aF

Art 15 Abs 3 aF

Grundsätze:

Universelle Anwendung, auch Recht Nicht-Mitgliedstaates	Art 20
Einheitliches Statut ungeachtet der Belegenheit	Art 21
Unwandelbarkeit außer durch Rechtswahl	Art 26
Keine Spaltung durch Renvoi möglich (anders als EU-ErbVO)	Art 32
Unteranknüpfung bei interlokalen Mehrrechtsstaaten	Art 33
Unteranknüpfung bei interpersonalen Mehrrechtsstaaten	Art 34

Ehegüterstatut

EU-EheGüterVO

Art 22

Rechtswahl

Wählbare Rechte

Abs 1

- a) Gewöhnlicher Aufenthalt eines der (künftigen) Ehegatten bei Wahl
- b) Staatsangehörigkeit eines der (künftigen) Ehegatten bei Wahl

mehrfache StA: Jedenfalls EU-StA sind gleichwertig

Wirkung in Zukunft, bei Vereinbarung auch rückwirkend

Abs 2

Ansprüche Dritter bei Rückwirkung unberührt

Abs 3

Art 23

Form:

Schriftform, auch Textform (E-Mail)

Abs 1

Zusätzliche Form (**fehlt im IntGüG/IntGüRVG**)

- Staat gewöhnlichen Aufenthaltes beider Ehegatten

Abs 2

- Alternativ bei Aufenthalt in zwei Mitgliedstaaten

Abs 3

- Aufenthaltsmitgliedstaat eines Ehegatten, wenn

anderer gew Aufenthalt in Drittstaat hat

Abs 4

Ehegüterstatut

Gilt nur für Überleitung, die bis 28.1.2019 erfolgt ist

Vertriebene/Flüchtlinge

Flucht, Vertreibung etc

Keine Versteinerung auf BGB vor 1945

Deutsches Güterstatut

keine Änderung, da unwandelbar

Seit 1945 überlagert durch DDR oder Staaten in besetzten Gebieten des D.R. [1938]

VFGüG 1969:
Überleitungslösung mit Widerspruchsvorbehalt

- beide Ehegatten in die Bundesrepublik gelangt
- lebten bisher in einem gesetzlichen Güterstand
- kein Ehegatte widerspricht der Überleitung

- Statutenwechsel zu BGB (Zugewinnngemeinschaft) ab 6.8.1969 bzw ab 4. Monat seit Zuzug

Ehegüterstatut

Intertemporales Recht 1986

Art 220 Abs 3

Art 117 Abs 1 GG

~~Art 15 aF Ehemann~~

Nichtig seit 1.4.1953

BVerfG
8.4.1983

1.4.1953



Art 15 nF (1986)

220 Abs 3 S 1

Art 15 aF
Rechtswahl möglich

220 Abs 3 S 5

Eheschließungszeitpunkt

220 Abs 3 S 6

? Abs 3 S 1 Nr 3: 3 Abs 2 GG ??

? Abs 3 S 1 Nr 2: Rechtswahlrelevanz bloßen „Ausgehens“?

? Wirkung des Statutenwechsels am 9.4.1983

220 Abs 3 S 2

BGH: Keine Abrechnung des alten Güterstatuts: Art 14 GG ??

Schutz Dritter im Ehegüter/Ehewirkungsrecht

Art 16 aF
bis 28.1.2019

Abs 1

Ausländisches
Ehegüterstatut

+

Ein Ehegatte hat
inländischen gewöhnlichen Aufenthalt
oder
inländisches Gewerbe

§ 1412 BGB analog:
güterrechtliche
Einwendungen setzen
Eintragung im
Güterrechtsregister
voraus

auch fremder gesetzlicher Güterstand ist
einzutragen, wenn er Verfügungen
beschränkt (zB *comunione dei beni* c.c.)

Ausländisches
Ehewirkungsstatut

§ 1357 BGB auf Rechtsgeschäfte in D
§ 1362 BGB auf bewegliche Sachen in D
§§ 1431, 1456 auf Erwerbsgeschäfte in D

Abs 2 - nur zugunsten Dritter -

Wegfall: Offenbar übersehen, dass Art. 16 aF auch Art. 14 betrifft!!

Schutz Dritter im Ehegüter/Ehewirkungsrecht

EU-EheGüterVO

Ab 29.1.2019

Art 28 Abs 1

Güterstatut erfasst zwar Wirkungen gegenüber Dritten (Art 27 lit f)

Aber Ehegatte kann dies Dritten nur entgegenhalten bei Kennen oder Kennenmüssen

Art 28 Abs 2

Vermutung der Kenntnis:

- wenn Ehegüterstatut ein Recht in lit a, oder
- Publizität des Güterstandes nach Recht in lit b

Art 28 Abs 3

Falls Entgegenhalten gem Abs 1 nicht zulässig

- Wirkungen unterliegen Vertragsstatut, oder
- Belegenheits-/Registerrecht bei Immobilien/registrierten Vermögenswerten

Scheidungsstatut ab 21.6.2012

VO EG
1259/2010

Qualifikation: Ehescheidung und –
trennung (Art 1 I)

Eheaufhebung

Klarstellend: Art 1 II

Loi uniforme Art 4 – Sachnormverweisung Art 11

Rechtswahl Art 5

- Gemeinsamer gew Aufenthalt bei Wahl
- Letzter gem. gew. Aufenthalt bei Wahl
- Staatsangehörigkeit eines Ehegatten b.W.
- lex fori

Rechtswahlstatut Art 6
Form Art 7

Gesetzliche
Anknüpfung Art 8

- Gemeinsamer gew. Aufenthalt bei Antrag
- Letzter gem. gew. Aufenthalt vor Antrag
- Gemeinsame Staatsangehörigkeit b. Antrag
- lex fori
- Umwandlung von Trennung: Art 9

Wenn danach Unscheidbarkeit: lex fori (Art 10)

Keine Privatscheidung (Rechtsgeschäft) im Inland

- Art 17 Abs 2 aF [ab 29.1.2019 Abs 3]: keine Privatscheidung im Inland
- Anwendung Privatscheidungsnorm als Scheidungstatbestand

Auf Privatscheidung zur Anerkennung anwendbares Recht

- Anerkennung Privatscheidung im Ausland:
 - formell § 107 FamFG, materiell jedoch IPR
- Vor Rom III-VO: Art 17 Abs 1 aF
- EuGH (*Sahyouni*): Rom III-VO nicht auf Privatscheidung
- OLG München (*Sahyouni*): Art 14 analog –wie Art 17 Abs 1 aF
- Ab 29.1.2019: Art 17 Abs 2 nF:
 - Rom III-VO analog mit Modifikationen

Scheidungs - Folgesachen

Art 17

Verbundsachen (§ 137 FamFG) **im IPR nicht alle** scheidungsrechtlich

Hausrat, Ehewohnung: **Abs 1**
- soweit nicht Art. 17a
- spezifische Scheidungsfolgen (mehr?)

jeweils eigene Statuten
Güterrecht, Unterhalt, Sorgerecht

Versorgungsausgleich im Prinzip: scheidungsrechtlich

- nur wenn regelmäßiges Scheidungsstatut dt Recht

Abs 4 S 1 Hs 1

- und: nur wenn ein Heimatrecht ihn „kennt“ (Prinzip)

Abs 4 S 1 Hs 2

Ausnahme: VA auf Antrag:

kein VA nach Abs 4 S 1, wg
Scheidungsstatut oder Heimatrecht

aber: Anwartschaften in D

+

VA auf Antrag nach Deutschem Recht

Abs 4 S 2

sofern nicht unbillig

Abs 4 S 2

Unterhalt

nicht:

Vertraglicher Unterhalt

Rom I VO

Verwandtschaftsverhältnis

als Vorfrage: Art 1 Abs 2 HP

Art 15 EG-UnterhaltsVO (EG Nr 4/2009)
iVm HUntStProt 2007 (ab 18.6.2011)
Überleitung: Art 22/ loi uniforme: Art 2

Art 1 HP: Familie, Verwandte, Ehe,
Schwägerschaft

Art 11 HP: Materielle Reichweite

Anwendbares Recht, soweit nicht Rechtswahl:

Gewöhnlicher Aufenthalt Gläubiger

Nur in den Fällen des Art 4 Abs 1 (E/K, */U21, K/E),
wenn danach nichts: lex fori

wenn Klage im gA-Staat des Schuldners: umgekehrt

wenn danach nichts: Gemeinsames Heimatrecht

Art 7, 8 HP

Art 3 HP

Art 3 Abs 2 HP

Art 3 Abs 3 HP

Art 3 Abs 4 HP

Ausnahme:

Art 6 HP

Alle Fälle außer Kindesunterhalt und (Ex-) Ehegatten:

Einwendung wenn keine Unterhaltspflicht im gms Heimatrecht und
gew Aufenthaltsrecht des Schuldners

Ehegattenunterhalt

Art 15 EG-UntVO iV HP

Keine Unterscheidung ehelicher/nachehelicher Unterhalt

Grundsätzlich gilt Art 3 HP und Rechtswahl Art 7, 8 HP

Nach Ehescheidung:
auch Scheidungsstatut wählbar Art 8 Abs 1 lit d HP

Einwand gegen Art 3- Recht: Engere Verbindung insbesondere zum Recht des letzten gemeinsamen gew. Aufenthalts,

Art 5 HP

Haager Kinderschutzübereinkommen

Kinder = Art 2 KSÜ

- loi uniforme Art 16

- ersetzt Art 21 EGBGB

- jeweiliger gew Aufenthalt (Abs 1, 4)

- kein Verlust bei Wechsel (Abs 3)

IPR elterliche Verantwortung
kraft Gesetzes:

Schutzmaßnahme Art 1,3 (+),4 (-): bei gew Aufenthalt in Vertragsstaat

Zuständigkeit

Anwendbares Recht =
lex fori Art 15 Abs 1

Gewöhnlicher Aufenthaltsstaat

Art 5 KSÜ

Sonstiger Sta

Dauerhaft
Anerkennung

Art 8, 9 KSÜ

Übernahmesystem

Vorübergehend bzw
keine Anerkennung

Bestand der Maßnahme

Schlichter Aufenthaltsstaat

Art 12 KSÜ nur vorläufig u beschränkt

Jeder Vertragsstaat

Art 11 KSÜ Eilmaßnahmen

Ausweichklausel

Ghanaisches Kind in Deutschland adoptiert

Art 23 Zustimmung:
Heimatrecht

Kriterium

Recht

Ghana

Ausweichrecht

§ 1748
BGB

Problem

Erreichbarkeit
Feststellbarkeit

Rechtsfolge

Adoption
wirksam

Abstammungsstatut

Art 16 KSÜ

Eltern/Kind-Verhältnis

Art 20

Anfechtung

Art 19

Abstammung

Gesetzl Vermutungen

Anerkennung

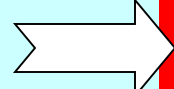
gerichtliche Feststellg

Wandelbar
Feststellungs-
zeitpunkt

Art 23

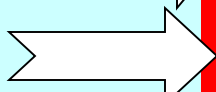
Zustimmung zur

Alternative Anknüpfung



Abs 1 S 1

Gewöhnlicher Aufenthalt des Kindes



Abs 1 S 2

Zu jedem Elternteil: dessen Heimatrecht



Abs 1 S 3

Wenn Mutter verheiratet: Ehwirkungsstatut

Unwandelbar
„Geburt“

Keine Wahl, nur Art 14 Abs 1aF/Art 14 Abs 2 nF

Zweck der Alternativen:

Deutsches Recht will Abstammung anerkennen

BGH:

- kein Ermessen („kann“)

- zeitliche Priorität: Sperrwirkung früherer Vaterschaft

Abstammungs-Anfechtungsstatut

Art 20

Ziel: Begünstigung der
wirklichen Abstammung
„favor veritatis“



Alternative
Anknüpfungen

§ 1

Jedes Recht nach dem die Abstammung besteht

unwandelbar
bzgl Art 19

Beseitigung nach **einem** Recht genügt, auch wenn sie
nach 2 oder 3 der in Art 19 berufenen Rechte besteht!

§ 2

Kind kann auch nach seinem gew.Aufenthaltsrecht anfechten

wandelbar
g.Aufenthalt

Verhindert ordre public-Verstöße, wenn Kind in D lebt:
Verwirklichung des Rechts auf Kenntnis der Abstammung

BGH: Gilt auch für § 1599 Abs 2 BGB(zweifelhaft!)

Adoptionsstatut

Art 22

Adoptierender unverheiratet

S 1

dessen Heimatrecht

Adoptierender verheiratet

(auch, wenn nur ein Ehegatte adoptiert)

Ehewirkungsstatut (**nur Art 14 Abs 1, kein gewähltes**)

S 2

Qualifikation:

Herstellung einer Verwandtschaftsbeziehung
einerlei, ob Dekret, Vertrag, einseitige WillensE

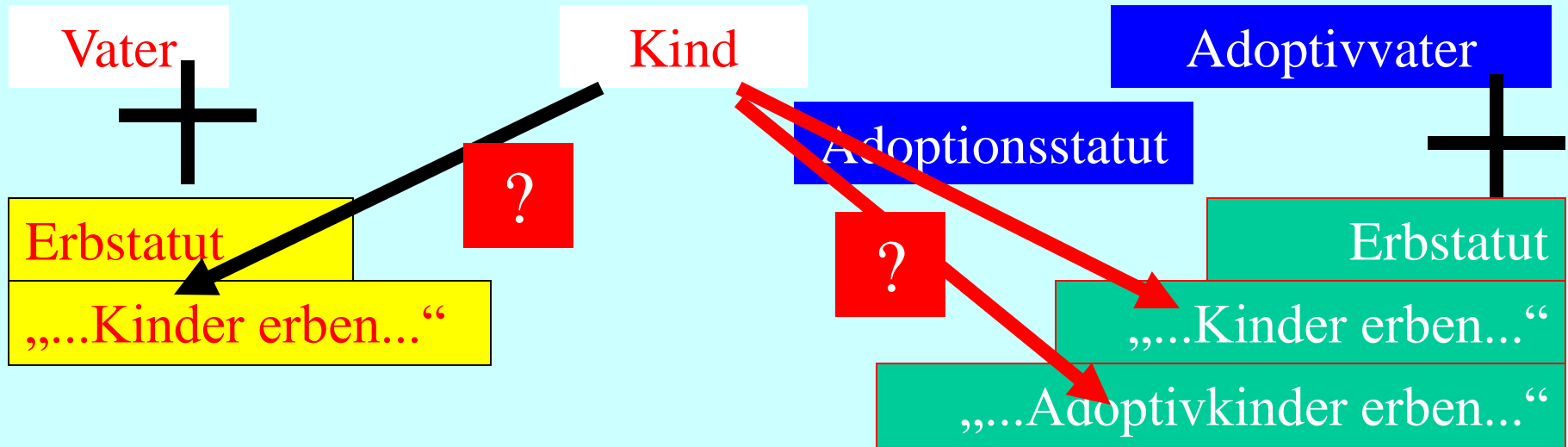
Voraussetzungen und unmittelbar statusgestaltende
Rechtswirkungen

Weitere familien-, erb- und
staatsangehörigkeitsrechtliche Folgen:

jeweiliges Statut

Adoption

Substituierbarkeit in ein anderes Statut



jeweiliges Erbstatut bestimmt, wer Erbe wird

Vergleich mit dem Adoptionsstatut entscheidet über Gleichwertigkeit

Adoption als Vorfrage im Namens- und Staatsangehörigkeitsrecht

Unselbständige Anknüpfung Namensstatut bzw betroffener Staat entscheidet, ob Adoption anderen Rechts genügt

Anerkennung ausländischer Adoption

insb: Adoption durch Deutsche im Ausland

Vertragsadoption

rechtsgeschäftliche Adoption
Registrierung deklaratorisch



Wirksamkeitsprüfung nach dem
Adoptionsstatut (Art 22)

daher nur wirksam, wenn alle
Tb-Merkmale des
Adoptionsstatuts erfüllt

bei deutschem Adoptionsstatut
ist jede Vertragsadoption
unwirksam: § 1752 Abs 1 BGB

Dekretadoption

Konstitutive ausländische
Entscheidung



Anerkennung nach §§ 108, 109
FamFG (verfahrensrechtlich)

Keine Prüfung, ob das richtige
Adoptionsstatut angewendet
wurde

nur ordre public

Wirkungen nur nach im Ausland
angewandtem Recht
keine Transformation in
BGB- Adoption

Eingetragene Lebenspartnerschaft

Begriff: LPartG – fraglich, ob auch für verschiedengeschlechtliche Formen ausländischen Rechts (zB PACS)

Begründung, Auflösung, Wirkungen: Registerrecht (Art 17 b Abs 1 S 1)
VA: Registerrecht, aber Art 17b Abs 1 S 2, 3 –wie Art 17 Abs 4 für Ehe

Güterrecht:

bis 28.1.2019: Registerrecht (Art 17 b Abs 1 S 1 aF, Art 229 § 47 Abs 3)

ab 29.1.2019: EU-ELP-GüVO (bei ELP iSd LPartG nur Rechtswahl)

Namensstatut: Art 10 Abs 2 entsprechend (Art 17 b Abs 2)

Unterhaltsstatut: Allgemeine Regeln, Haager Protokoll

Erbstatut: Allgemeine Regeln, vormals Hilfsanknüpfung an Registerrecht (Art. 17 b Abs 1 S 2aF), nun von EU ErbVO verdrängt

Nicht verschiedengeschlechtliche Ehe

Anwendungsbereich: Ehegatten gleichen Geschlechts oder zumindest ein Ehegatte weder weiblich noch männlich (Art 17b Abs 4)

Begründung, Auflösung, Wirkungen:

- Registerrecht (Art 17 b Abs 4 S 1 iVm Abs 1)
- aber: Ehescheidung analog Rom III-VO
- Ehegüterstatut analog EU-EheGüVO (Eingehung ab 29.1.2019)
- Art. 17b Abs 5:
entsprechende Anwendung: Art 13 Abs 3, 14 Abs 1, Art 17 Abs 1-3; Art 19 Abs 1 S 3, Art 22 Abs 1 S 2, Abs 3 S 2, Art 46e,

Namensstatut: Art 10 Abs 2 analog (Art 17 b Abs 4 S 1 iVm Abs 2)

Unterhaltsstatut: Allgemeine Regeln, Haager Protokoll

Erbstatut: Allgemeine Regeln, vormals Hilfsanknüpfung an Registerrecht (Art. 17 b Abs 1 S 2aF), nun von EU ErbVO verdrängt

Erbstatut Erbfall bis 16.8.2015

Art 25

Heimatrecht im Zeitpunkt des Todes

Abs 1

Grundsätzlich einheitlich für gesamten Nachlass

Abs 2

Spaltung durch Rechtswahl
nur für deutsche Grundstücke

Spaltung aufgrund renvoi
zB englisches oder US Erbstatut

Qualifikation:

gesetzliche Erbfolge

Testament **aber Art 26 Abs 5**

Erbvertrag

Pflichtteil, Noterbrecht

Annahme, Anfall,
Ausschlagung

Lebzeitige Verfügungen auf Todesfall:
Abgrenzung nach Erbstatut **strittig**

Güterrechtlicher Ausgleich im Todesfall:
Ehegüterstatut

Übergang von Personengesellschaftsanteilen:
Gesellschaftsstatut entscheidet **ob vererblich**
Erbstatut entscheidet, wer erbt und Pflichtteile

Erbstatut Erbfall ab 17.8.2015

Art 20 ff EU-ErbVO
(650/2012)

Loi uniforme: Auch Recht von Nichtmitgliedstaat

Art 20

Einheitlich für gesamten Nachlass

- keine Spaltung durch Rechtswahl

- Aber: Spaltung durch Rückverweisung möglich (Art 34)

Anknüpfung: letzter gewöhnlicher Aufenthalt

Art 21 Abs 1

Auflockerung: offensichtlich engere Verbindung

Art 21 Abs 2

Rechtswahl: Heimatrecht in Form VvTdwg

Art 22

Qualifikation Art 23

letztw Verfügung

Art 24-26

Aufzählung in Art 1 Abs 2

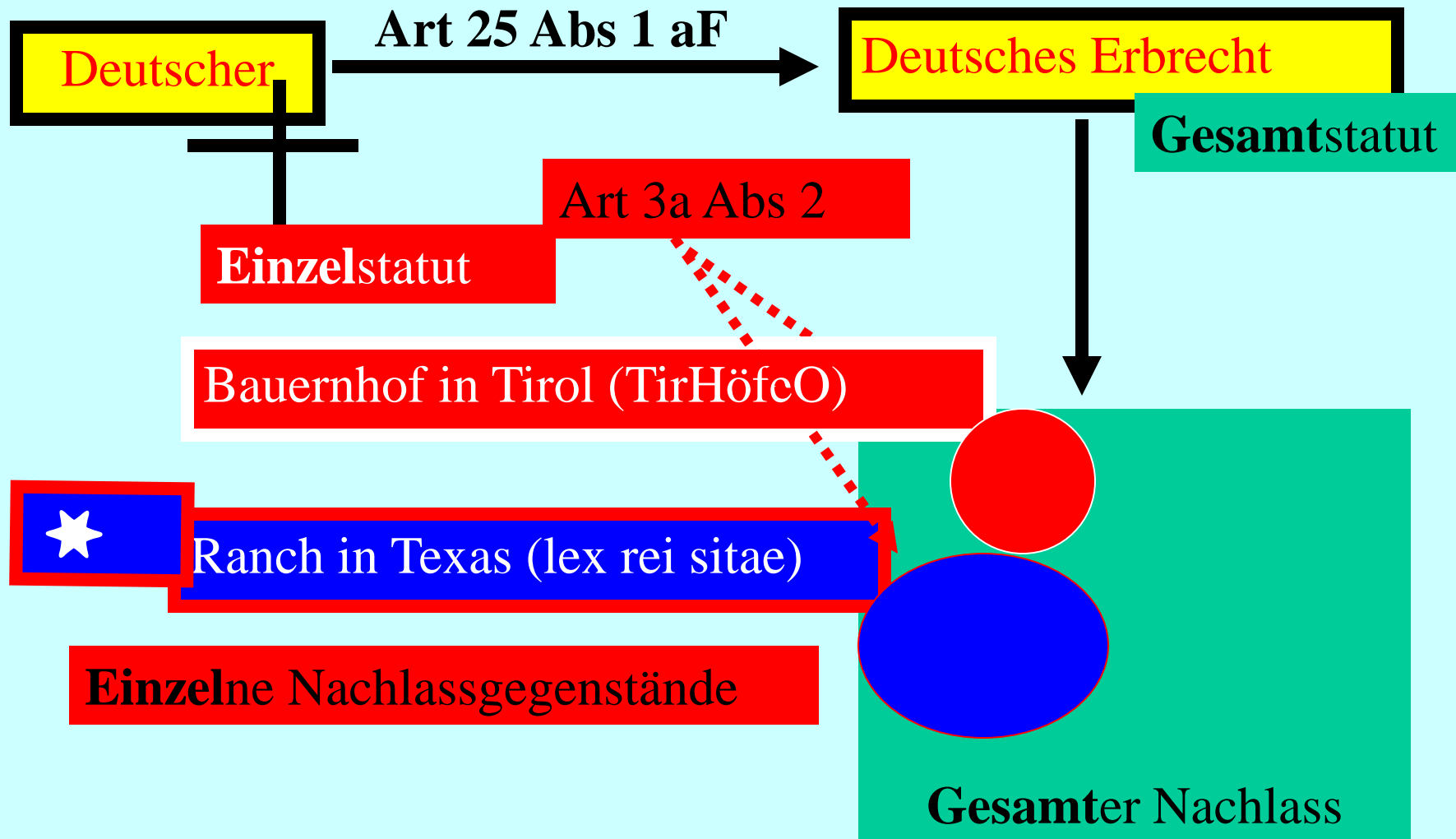
Lebzeitige Verfügungen auf Todesfall

Güterrechtlicher Ausgleich: Ehegüterstatut

Übergang von Personengesellschaftsanteilen:
Gesellschaftsstatut entscheidet **ob vererblich**

Erbstatut entscheidet, wer erbt und Pflichtteile

Vorrang des Einzelstatuts



Unter EU-ErbVO nur bei Bestimmungen iSd Art 30 EU ErbVO

Materielles Testamentsstatut EGBGB

Art 26 Abs 5

Erbstatut (Art 25 aF):
Zulässigkeit letztwilliger
Verfügung, Beschränkungen,
Pflichtteil...

Nur Sonderanknüpfung für
Einzelfragen der materiellen
Testamentswirkungen

Abs 5 S 1

Gültigkeit:
Testierfähigkeit
Erbvertrag
gms Testament

Fiktives Erbstatut im
Errichtungszeitpunkt

Bindung

Widerruflichkeit
insb Erbverträge

keine Beeinflussung
konkreter Verfügung
durch Statutenwechsel

Abs 5 S 2

Testierfähigkeit zusätzlich **abstrakt** statutenwechselfest:
Einmal erlangte Testierfähigkeit bleibt auch bei Wechsel des
Personalstatuts (Verallseitigung)

Materielles Testament/Erbvertragsstatut

Abgrenzung Testament – Erbvertrag - gemeinschaftliches Testament: Bindung?	Art 24 Art 25 Abs 2?
Testament Zulässigkeit, Wirksamkeit (=Art 26) - potentielles Erbstatut - isolierte Rechtswahl - Ebenso für Änderung/Widerruf	Art 24 Abs 1 Abs 2 Abs 3
Einseitig verfügender Erbvertrag - Zulässigkeit/Wirksamkeit potentielles Erbstatut	Art 25 Abs 1
Mehrseitig verfügender Erbvertrag - Zulässigkeit: Kumulation der potentiellen Erbstatute - Wirksamkeit/Bindung: engste Verbindung - gemeinsame Rechtswahl eines Heimatrechts	Art 25 Abs 2 (1) Abs 2 (2) Abs 3

Testamentsformstatut

A

Haager
TestamentsformÜbk

favor validitatis
testamenti

Art 1 Übk

alternativ

- a) Errichtungsort
- b) ein Heimatrecht
(Errichtung oder Tod)
- c) ein Wohnsitz
- d) ein gew. Aufenthalt
- e) lex situs bei Immobilien

Qualifikation:

Art 5 Übk

Form
auch Besonderheiten mit Bezug auf Alter, StA etc

zB § 2247 Abs 4

Art 4 Übk

auch Form gemeinschaftlicher Verfügungen
aber nur, soweit materiell zulässig

Art 2
iVm 1 Übk

Widerruf: jede Form des Widerrufstestament

Art 27 EU-ErbVO für D nicht anzuwenden: Art 75 Abs 1 (2)
es bleibt also beim Haager Testamentsformübereinkommen

Anpassung/Angleichung

eine Rechtsordnung insgesamt

eine Lösung

Regelungsfrage

Vermögensbeteiligung Ehegatte

Erbstatut

Statut 1

zwei Lösungen:

Normenhäufung

große Ehegattenerbquote

Gütergemeinschaft

Keine Lösung:

Normenmangel

Gütertrennung

keine Ehegattenerbquote

Statut 2

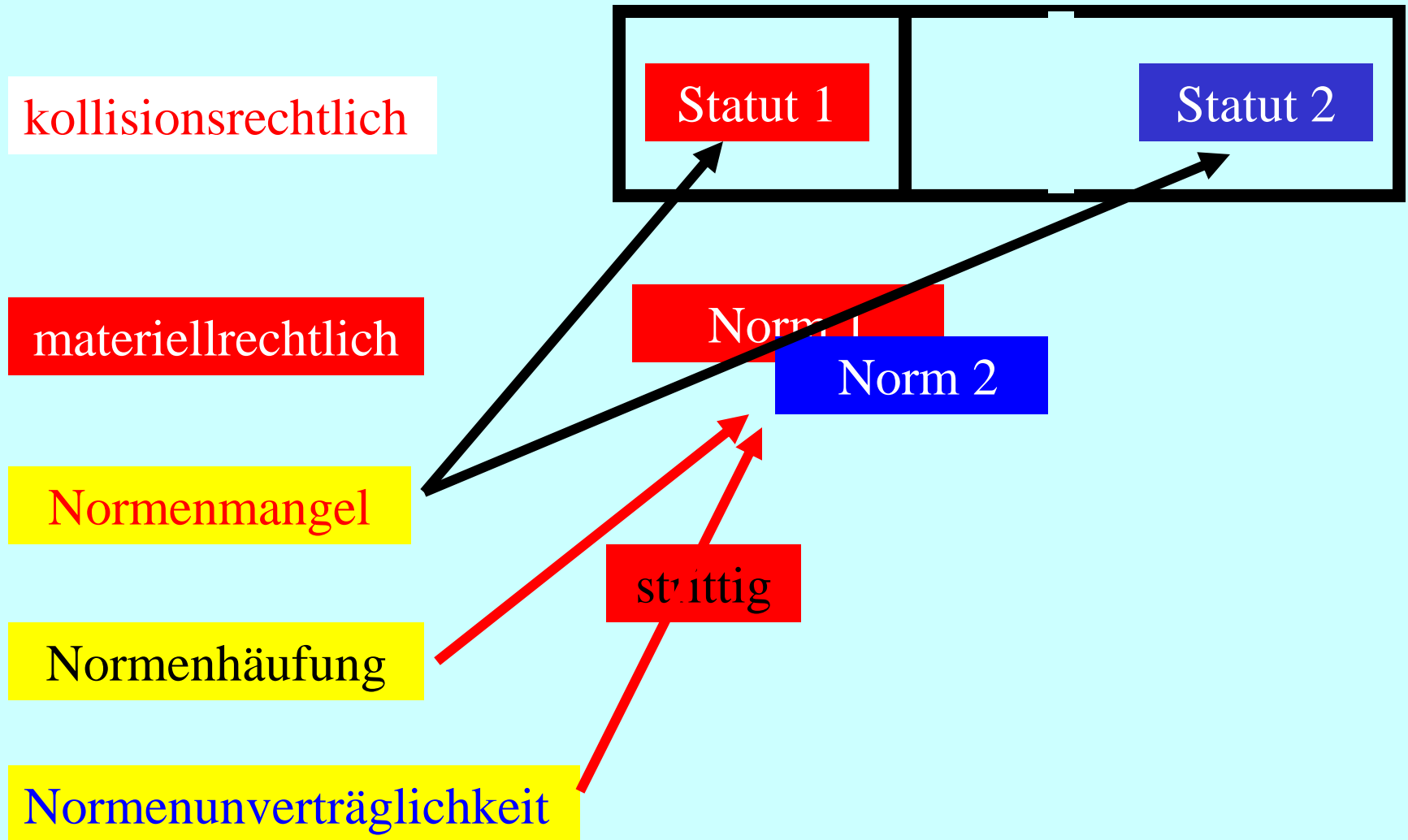
Güterstatut

unverträgliche Lösung

Normenunverträglichkeit

testamentary trust
an deutschem Grundstück

Anpassung: Lösungen



Ordre public Art 6 und in EG/EU-Verordnungen

Deutsches IPR



Lücke

Art 6

konkreter Sachverhalt

konkretes Ergebnis

ausreichender
Inlandsbezug

+

unvereinbar mit wesentlichen
Grundsätzen des deutschen
Rechts, insbes Grundrechte

Lückenfüllung:

konforme Grundsätze des
eigentlich anwendbaren Rechts

nur ausnahmsweise:
Deutsches Recht